



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Nachtragshaushaltsplan 2025;**

**hier: Ausgleich der Mehrausgaben für Notvergaben – Zuschüsse für ÖPNV des Landkreises und der Stadt Ansbach  
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 06 wird der Ansatz im Tit. 633 60 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV) von 45.000,0 Tsd. Euro um 3.500,0 Tsd. Euro auf 48.500,0 Tsd. Euro erhöht.

Der Freistaat erbringt einen einmaligen, außerordentlichen Ausgleich für den Landkreis Ansbach in Höhe von 3.000,0 Tsd. Euro und für die Stadt Ansbach in Höhe von 500,0 Tsd. Euro, um das hohe Defizit des ÖPNV im Landkreis und Stadt Ansbach, das 2024 durch außerordentliche Notvergaben entstanden ist, teilweise auszugleichen.

### **Begründung:**

Im Landkreis Ansbach, als größter Landkreis in Bayern, mussten im Jahr 2024 auf mehreren Linienbündeln Notvergaben erfolgen, da die bisherigen Betreiber aufgrund hoher Mehrkosten sich von ihren Aufgaben durch die Regierung von Mittelfranken entbinden ließen. Die Notvergaben summierten sich auf über 2 Mio. Kilometer Fahrleistung im Landkreis und der Stadt Ansbach. Im ÖPNV ist insgesamt ein Wandel zu beobachten, weg vom eigenwirtschaftlichen und hin zu gemeinwirtschaftlichen Verkehren. Dies ist die Folge von erhöhten Kosten im Betrieb und gleichzeitig stagnierenden Zuweisungen durch den Freistaat. Bei den Notvergaben im Laufe des Jahres 2024 ergaben sich Kilometerpreise, die teilweise das Vierfache der üblichen Preise betragen. Der Mehrpreis von 3-7 Euro pro Kilometer summieren sich bei Fahrleistungen von über 2 Mio. Kilometer auf enorm hohe Summen, die der Landkreis so nicht stemmen kann. So wird von einem Defizit von über 7 Mio. Euro allein durch die Notvergaben ausgegangen und weiteren 4 Mio. Euro im restlichen gemeinwirtschaftlichen Busverkehr. Auch die Stadt Ansbach hat ein sehr großes Defizit beim ÖPNV und ist indirekt auch durch die teuren Notvergaben des Landkreises betroffen, da mehrere Linien in der Stadt Ansbach enden. Für das Jahr 2025 ist deshalb dringend eine kurzfristige Unterstützung für den flächengrößten Landkreis Ansbach notwendig. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind dann entsprechend höhere Summen einzustellen, da die bayernweiten ÖPNV Zuweisungen im Jahr 2025 sogar unter der Summe der Jahre 2023 und 2024 liegen und die enormen Kostensteigerungen nicht erfasst.